

INTERGLOBAL

MALI

Mister Marlboro in Timbuktu

Jörn Schulz

Die Tuareg-Bewegung MNLA hat in Nordmali einen unabhängigen Staat ausgerufen, doch vor allem jihadistische Gruppen scheinen von den neuen Machtverhältnissen zu profitieren.

Bei den Tuareg ist es traditionell üblich, dass die Männer, nicht aber die Frauen ihr Gesicht verhüllen. Dass nun, da Jihadisten der Ansar Dine in einigen Städten Nordmalis die Macht übernommen haben, den Frauen der Schleier aufgezwungen wird, ist nicht ungewöhnlich. Doch die neuen Herrscher in Timbuktu gaben den telefonischen Berichten von Einwohnern zufolge noch einen anderen Befehl aus: Männer müssen die Hosenbeine kürzen, um dem Beispiel des Propheten zu folgen. Wie viel Bein der Prophet Mohammed zeigte, weiß in Wahrheit niemand so genau. Es ist nach Ansicht islamischer Theologen aber auch gleichgültig. Es gibt Anstandsvorschriften für die Bekleidung von Männern, nicht aber ein Gebot, den Propheten in Äußerlichkeiten nachzuahmen.

Die geläufigen Gebote der Sharia eigenmächtig um neue Vorschriften zu ergänzen, ist typisch für jihadistische Bewegungen, die in einem ländlichen Milieu entstanden, das von gesellschaftlichem Zerfall geprägt ist. Die Hauptströmung des Islamismus besteht aus Organisationen städtischen Ursprungs, deren Kader überwiegend Angehörige der städtischen Mittelschichten sind. In theologischer Hinsicht sind sie Laien, die sunnitische Orthodoxie ist ihnen jedoch bekannt, und da sie sich als Vertreter des „wahren Islam“ darstellen wollen, achten sie darauf, möglichst wenig vom Mainstream abzuweichen.

Jihadistischen Bewegungen wie den Taliban ist diese Haltung fremd, sie schrieben in den eroberten Gebieten Afghanistans umgehend eine Mindestlänge des Bartes vor, auch dies eine Regel, für die es ein Vorbild in der islamischen Tradition gibt. Solche Gebote sind jedoch nicht nur Ausdruck des ideologischen Extremismus. Sie sollen die Menschen zwingen, ihre Loyalität zu den neuen Herrschern zur Schau zu tragen.

Solcher Zwang dürfte in Nordmali nötig sein, denn populär sind die Jihadisten nicht. Entscheidend ist derzeit aber das militärische Kräfteverhältnis, und es scheint, als würden die Jihadisten von der „Tuareg-Rebellion“ im Norden Malis profitieren. Timbuktu scheinen sie weitgehend zu kontrollieren, in Kidal und Gao, den beiden anderen bedeutenden Städten der Region, haben sie zumindest eine bewaffnete Präsenz, und neben Maßnahmen des Tugendterrors wurden aus Gao erste politische Morde gemeldet. Sollten die bewaffneten Islamisten in den kommenden Wochen ihre Herrschaft festigen können, wären sie einem strategischen Ziel nähergekommen. Im Sahel könnte ein jihadistischer Korridor entstehen, der von Mauretanien bis Nigeria reicht und auch ein Operationsgebiet für global operierende Terroristen böte.

Das dürfte nicht das Ziel der Nationalbewegung für die Befreiung von Azawad (MNLA) gewesen sein, die für sich in Anspruch nimmt, den Aufstand in Nordmali zu führen. Am Freitag vergangener Woche rief die MNLA einen unabhängigen Staat aus, der rund zwei Drittel des Territoriums Malis umfassen soll. Die MNLA ist höchstens zwei Jahre alt und agiert

- abgesehen von der heutzutage für jede Guerillatruppe obligatorischen Website - allein militärisch. Unklar ist, wie viel Unterstützung sie unter den Tuareg genießt.

Eine Diskriminierung der Tuareg und anderer Nomadengruppen gab es auch nach der Demokratisierung. Anfang des Jahres, als die MNLA im Norden vorrückte, kam es im Süden Malis zu Angriffen auf Tuareg. Dass der damalige Präsident Amadou Tounamin Touré die Gewalttaten verurteilte, erschien vielen Tuareg zu Recht als unzureichend. Tourés Sturz durch putschende Offiziere vor wenigen Wochen deutet darauf hin, dass er die Sicherheitskräfte nicht mehr im Griff hatte. Der „Soldat der Demokratie“, der 1991 selbst einen Militärputsch führte, aber die Macht nach freien Wahlen einer zivilen Regierung übergab, konnte die strukturellen Probleme des Landes ebenso wenig lösen wie andere Politiker. Die Großoffensive der MNLA und die Ausrufung eines unabhängigen Staates waren jedoch militaristisches Abenteuerium.

Nordmali ist nicht gerade ein Hauptgewinn für Separatisten. Nennenswerte Bodenschätze und Industrieanlagen gibt es nicht, und Ackerbau ist nur auf einem Bruchteil des Territoriums möglich. Im westlichen Sahel droht wegen der anhaltenden Dürre eine Hungersnot, von der die trockensten Gebiete der Region wie Nordmali am stärksten betroffen sein dürften. Erwartungsgemäß haben überdies sowohl die Afrikanische Union (AU) als auch EU und USA die Anerkennung von Azawad strikt abgelehnt.

Die von Hauptmann Amadou Haya Sanogo geführten Putschisten,

die im März die gewählte Regierung entmachteten, weil diese im Kampf gegen den Aufstand versagt habe, beschleunigten letztlich die Eroberung des Nordens, dessen Städte offenbar kampflos fielen. Die im Land wie auch international isolierte Junta hat nun einer Rückkehr zur Zivilherrschaft zugestimmt, sie unterzeichnete am Freitag vergangener Woche ein Abkommen, das Wahlen innerhalb von 40 Tagen und Straffreiheit für die Putschisten vorsieht. Der Vertragspartner ist die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas), ein von der Regionalmacht Nigeria dominiertes, auch politisch und militärisch agierendes Staatenbündnis.

Unklar ist, wie viel Unterstützung die MNLA unter den Tuareg genießt.

Eine Militärintervention unter Führung der Ecowas oder der AU, unterstützt durch die USA und möglicherweise auch die EU, ist nach dieser Einigung nur eine Frage der Zeit. Zumindest die Jihadisten wird man durch diplomatischen Druck nicht zu Verhandlungen bewegen können, und die MNLA scheint sich im Hinblick auf das Kräfteverhältnis in Nordmali verkalkuliert zu haben. Jedenfalls betont die Bewegung ihre Feindschaft gegenüber der salafistischen Organisation „al-Qaïda au Maghreb islamique“ (Aqmi).

Eine Distanzierung vom Jihadismus, die insofern glaubhaft scheint, als die Islamisten selbst kein Interesse an einem Tuareg-Staat haben. „Ich

Kein Hauptgewinn: Kämpfer der separatistischen MNLA mit den Farben des im Norden Malis ausgerufenen Staates Azawad.



FOTO: MAGHAREBIA / FLICKR

bin nicht für Unabhängigkeit“, sagte Iyad Ag Ghali, der als wichtigster Anführer der in Mali operierenden islamistischen „Ansar Dine“ gilt, nach dem Einmarsch in Timbuktu. „Ich will die Sharia für mein Volk.“ Das Verhältnis zwischen Ansar Dine und Aqmi scheint ähnlich dem zwischen Taliban und al-Qaida zu sein, die einheimische Miliz, die der Bevölkerung ihre Version des „Gottesstaates“ aufzwingen will, kooperiert mit global operierenden Jihadisten.

Bislang allerdings hat die MNLA nicht einmal versucht, die Jihadisten aus ihren Positionen wieder zu vertreiben. Die unklaren Machtverhältnisse und Bündniskonstellationen sind offenbar vor allem eine Folge der rasanten Entwicklung, die der Sturz des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi verursacht hatte. Dass viele ehemalige Söldner Gaddafis für die MNLA kämpfen, hat sich bestätigt. Die Organisation räumt ein, dass ihr Kommandant Mohammed Ag Najm libyscher Offizier war, doch habe er sich „sehr früh, beim Beginn des Aufstands“ von seinem Arbeitgeber abgewandt. Tatsächlich war Ag Najm klug genug, sich vor der endgültigen Niederlage Gaddafis aus dem Staub zu machen, wie viele andere brachte er große Mengen an Waffen mit. Die Zusammenarbeit beruhte jedoch auf ei-

nem langjährigen Bündnis Gaddafis, der frühere Rebellionen in Nordmali unterstützt hatte, mit Militärführern der Tuareg.

Erhebliche Verstärkung an Kämpfern und bedeutende Waffenlieferungen müssen auch die Jihadisten erhalten haben. Die Aqmi war in den vergangenen Jahren kaum mehr als eine ideologisch motivierte Verbrecherbande. Mokhtar ben Mokhtar, einer ihrer Kommandanten, verdiente sich mit seinen Schmuggelgeschäften den Spitznamen „Mister Marlboro“, nun tritt er in Timbuktu als Repräsentant der neuen Machthaber auf. Noch einträglicher war das Geiselschäft, das den Jihadisten 50, nach anderen Schätzungen sogar mehr als 180 Millionen Euro einbrachte. Doch bis vor kurzem verfügte die Aqmi nach Ansicht der meisten Experten nur über einige Hundert Kämpfer, die auf einer Fläche von mehreren Tausend Quadratkilometer verteilt waren.

Gaddafi beschäftigte keine bekannten Islamisten, dagegen ist es auch bei jihadistischen Organisationen üblich, Söldner anzuheuern. Verstärkung scheint aber auch aus Nigeria gekommen zu sein. Im Norden dieses Landes operiert Boko Haram (was auf Hausa in etwa bedeutet: westliche Bildung ist verboten), eine ebenfalls aus der verarmten Landbe-

völkerung hervorgegangene Bewegung mit obskurantistischer Ideologie, die für zahlreiche Anschläge auf Christen und Regierungseinrichtungen verantwortlich ist. Die Aqmi soll bereits Mitglieder von Boko Haram ausgebildet haben, nach Angaben des malischen Lokalpolitikers Abu Sidibe halten sich mindestens 100 Kämpfer der „nigerianischen Taliban“ in Gao auf. Boko Haram verübte im August vergangenen Jahres ein Selbstmordattentat auf ein UN-Gebäude in der Hauptstadt Abuja, der Anschlag kann als Ausdruck des Bestrebens gelten, sich dem globalen Jihad von al-Qaida anzuschließen. Im Osten des Kontinents, in Somalia, hat sich die jihadistische Shabab-Miliz, die ebenfalls Verbindungen zu al-Qaida unterhält, bereits fest etabliert.

Gewaltfrei lässt sich der Jihadismus nicht zurückdrängen, ebenso wenig gibt es jedoch eine militärische Lösung. In Somalia haben die USA, die UNO und Äthiopien interveniert, derzeit kämpfen Truppen Kenias und der AU im Land, doch die Jihadisten, die zu Beginn des Bürgerkriegs nur eine Randgruppe waren, sind stärker denn je. In den Staaten Westafrikas war der Jihadismus bislang nur in Nordnigeria ein Problem. Allein aus Deutschland haben sich mehr Kämpfer in den afghanischen und

pakistanischen Trainingscamps von al-Qaida eingefunden als aus allen subsaharischen islamischen Staaten zusammengekommen.

Dass einige Tausend Bewaffnete eine ganze Region bedrohen können, ist nicht zuletzt die Folge der Politik einer „internationalen Gemeinschaft“, die Krisengebieten erst dann Aufmerksamkeit schenkt, wenn sie zu einer Quelle der Gefahr für westliche Länder zu werden drohen. Die Demokratisierung Malis und anderer afrikanischer Staaten in den Neunzigerjahren wurde wohlwollend kommentiert, doch nennenswerte Unterstützung gab es nicht. Auch dass die Waffen und Söldner Gaddafis die Sahel-Zone destabilisieren könnten, war kein Geheimnis. Wenn die MNLA vom Separatismus abrückt und im Gegenzug die berechtigten Forderungen der Tuareg mit einem Autonomiestatut und Entwicklungsmaßnahmen erfüllt werden, dürfte es möglich sein, die Jihadisten wieder in die Wüste zu schicken. Andernfalls droht ein langjähriger Guerillakrieg, der auch die Demokratisierungserfolge in den Nachbarstaaten in Frage stellt.

Jörn Schulz ist Redakteur der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung „Jungle World“.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion und Layout: Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • Druck: c. a. press, Esch • Einzelpreis: 1,90 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 80 € (Ausland zzgl. 28 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 35 € • Konto: CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • Recherchefonds: Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxemburg • Büros: 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxemburg • E-Mail: woxx@woxx.lu • URL: www.woxx.lu • Tel. (00352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79